



Die komplette Publikation finden Sie unter: [10.1787/9789264222687-en](https://doi.org/10.1787/9789264222687-en)

OECD-Rentenausblick 2014

Zusammenfassung in Deutsch

Diese Ausgabe des OECD-Rentenausblicks untersucht, wie die Altersversorgungssysteme auf die Herausforderungen reagieren, denen sie sich gegenübersehen. Die Bevölkerungsalterung und das immer schwierigere wirtschaftliche Umfeld, das durch geringe Renditen, ein insgesamt verhaltenes Wachstum und niedrige Zinsen gekennzeichnet ist, stellen die Altersversorgungssysteme vor ernste Probleme, die Auswirkungen auf die öffentlichen umlagefinanzierten Rentensysteme wie auch die private kapitalgedeckte Altersvorsorge haben.

Höhere Beitragssätze und längere Beitragszeiten sind ein Teil der Lösung des Problems, das die Bevölkerungsalterung für die Rentensysteme darstellt

Infolge der Bevölkerungsalterung und insbesondere der kontinuierlichen Verbesserung in Bezug auf Mortalität und Lebenserwartung sehen sich die umlagefinanzierten Altersversorgungssysteme Problemen der finanziellen Tragfähigkeit gegenüber, wobei die Systeme mit Leistungsprimat ihre finanzielle Tragfähigkeit auf Dauer sichern und die Systeme mit Beitragsprimat Mittel und Wege finden müssen, um zu gewährleisten, dass dem Einzelnen im Ruhestand ein angemessenes Einkommen zur Verfügung steht. Höhere Beitragssätze und längere Beitragszeiten, insbesondere durch die Anhebung des Renteneintritts bei steigender Lebenserwartung, sind der beste Ansatz zur Bewältigung dieser Herausforderungen.

Pensionsfonds und Rentenversicherer sind auf Grund der Ungewissheit über künftige Verbesserungen bei Mortalität und Lebenserwartung dem „Langlebkeitsrisiko“ ausgesetzt. Um der Gefahr eines nicht vorhergesehenen Anstiegs der Rentenverbindlichkeiten vorzubeugen, sollten die zuständigen Regulierungsbehörden und politisch Verantwortlichen sicherstellen, dass Pensionsfonds und Rentenversicherer regelmäßig aktualisierte Mortalitätstabellen verwenden, die die zu erwartenden Verbesserungen bei Mortalität und Lebenserwartung einbeziehen. Der Regulierungsrahmen könnte auch sicherstellen helfen, dass die Kapitalmärkte zusätzliche Optionen bieten, um das Langlebkeitsrisiko zu mindern, indem dem Bedarf an Transparenz, Standardisierung und finanzieller Tragfähigkeit Rechnung getragen wird. Hilfreich wären in dieser Hinsicht indexbasierte Finanzierungsinstrumente sowie die Publikation eines Langlebkeitsindex, der als Bezugsgröße für die Beitragsfestlegung und Risikobeurteilung von Langlebkeits-Hedges (Swaps) dienen könnte. Des Weiteren sollte der Regulierungsrahmen der durch diese Instrumente gebotenen Risikominderung Rechnung tragen.

Die Länder beschleunigen derzeit das Tempo der Rentenreformen, um sowohl die nicht mehr tragfähige Staatsverschuldung als auch die öffentlichen Rentenausgaben zu stabilisieren und zugleich Bedenken hinsichtlich der Angemessenheit der Renten in alternden Gesellschaften zu begegnen

Die meisten Länder haben zwischen Februar 2012 und September 2014 große Anstrengungen unternommen, um ihre Altersversorgungssysteme zu reformieren. Eine Mehrheit von Ländern hat Reformen umgesetzt, um die finanzielle Tragfähigkeit ihrer Rentensysteme zu erhöhen; einige haben zugleich dafür gesorgt, dass die Sicherung eines angemessenen Renteneinkommens für sozial schwache Gruppen gewahrt bleibt oder verbessert wird. Nur wenige Länder – jene, die durch die Wirtschaftskrise stärker in Mitleidenschaft gezogen wurden – machten von nominalen Leistungskürzungen Gebrauch. Größer war die Zahl der Länder, die die Steuern auf Renteneinkommen oder die Beiträge zu den öffentlichen Rentensystemen mit Leistungsprimat erhöhten, während die Rentenausgaben häufig durch eine Reduzierung bzw. Verschiebung der Anpassung der Rentenleistungen gemindert wurden.

Viele Länder haben Anhebungen des gesetzlichen Renteneintrittsalters geplant, womit sie die Bemessungsgrundlage erweitern und zugleich Personen, die effektiv länger im Erwerbsleben bleiben, weiterhin angemessene Renteneinkommen sichern. Die Arbeitsanreize wurden durch eine Verschärfung der Frühverrentungskriterien und/oder einen höheren finanziellen Ansporn für Arbeit gesteigert. Maßnahmen zur Senkung der Verwaltungskosten für die Altersvorsorge, um Effizienzsteigerungen zu erzielen, sind keine Seltenheit.

Um die Bedenken hinsichtlich der Angemessenheit der Renteneinkommen zu reduzieren, haben einige Länder den Erfassungsgrad der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung auf zuvor ausgegrenzte Gruppen ausgedehnt (wie selbstständig Erwerbstätige), andere haben neue Leistungen eingeführt. Zahlreiche Länder haben die Pflichtbeiträge zu den kapitalgedeckten Rentensystemen mit Beitragsprimat erhöht. Im Gefolge der Finanzkrise wurde auch häufig auf Maßnahmen zur Erhöhung der Diversifizierung und Sicherung privater Rentenersparnisse zurückgegriffen.

Eine Kombination aus einer Ausdehnung des Erfassungsgrads, einer Erhöhung von Beitragsniveau und effektivem Renteneintrittsalter sowie einem positiven wirtschaftlichen Umfeld würde die komplementäre Rolle privater Altersvorsorgepläne verstärken

Die private Altersvorsorge spielt für die Sicherung ausreichender Renteneinkommen eine bedeutende Rolle. Sie ist aber generell nicht die wichtigste Renteneinkommensquelle, mit Ausnahme von Beziehern höherer Einkommen. Unter den jüngeren Generationen dürfte die Wahrscheinlichkeit, im Ruhestand auf Leistungen einer privaten Rentenversicherung angewiesen zu sein, generell größer sein als unter den älteren Generationen, mit Ausnahme der Länder, in denen private Altersversorgungssysteme schon seit langem existieren.

Zu den Politikoptionen, mit denen sich die komplementäre Rolle privater Altersversorgungssysteme steigern lässt, zählen u.a. die Erhöhung des Erfassungsgrads, z.B. durch die Einführung einer Pflichtversicherung oder eines Instruments der automatischen Einbeziehung, die Schaffung von Anreizen für die Bevölkerung, höhere Beiträge über einen längeren Zeitraum zu entrichten, indem beispielsweise das Renteneintrittsalter hinausgeschoben wird, eine gezielte Ausrichtung der Maßnahmen auf Untergruppen der Bevölkerung, die einen besseren Zugang zur privaten Altersvorsorge benötigen, sowie eine bessere Angleichung von öffentlichen und privaten Renten. Ein positives wirtschaftliches Umfeld mit höherer Anlageverzinsung und höherem Produktivitätswachstum wäre ebenfalls förderlich.

Der Erfolg der automatischen Mitgliedschaft als Instrument zur Erhöhung des Erfassungsgrads privater Altersvorsorgesysteme hängt vom Aufbau der Programme, den Informations- und Aufklärungskampagnen, die ihre Lancierung und Durchsetzung flankieren, sowie den Interaktionen mit anderen existierenden Anreizen ab

Die verfügbaren Informationen aus sechs OECD-Ländern zeigen, dass die automatische Mitgliedschaft positive Auswirkungen auf den Erfassungsgrad hat. Dennoch befindet sich der Erfassungsgrad noch nicht auf gleicher Höhe mit dem in der gesetzlichen Rentenversicherung verzeichneten Niveau. Zu den wichtigsten Elementen einer kohärenten Politikstrategie, die dafür sorgen soll, dass die Programme mit automatischer Mitgliedschaft den Erfassungsgrad erfolgreich erhöhen, zählen die Ermittlung der Bevölkerungsuntergruppen, die einen stärkeren Versicherungsschutz durch private Altersvorsorgesysteme benötigen, die Gewährleistung, dass Zugangsschranken zu Programmen mit automatischer Mitgliedschaft (z.B. Alter oder Verdienstniveau) den Einzelnen nicht davon abhalten, frühzeitig mit der Entrichtung von Beiträgen zu beginnen, und Personen nicht ausschließen, für die eine private Zusatzversicherung vorteilhaft sein kann, die Festsetzung von Standardbeitragssätzen in Übereinstimmung mit den Sätzen, die für die allgemeine Altersvorsorge gelten, eine sorgfältige Untersuchung der Komplementarität mit anderen bestehenden Anreizen sowie die Konzipierung einer effektiven Informations- und Aufklärungskampagne, um die Lancierung und Durchsetzung der Programme zu flankieren. Arbeitgebern kommt bei der Verwaltung der automatischen Mitgliedschaft oft eine entscheidende Rolle zu, sie müssen aber u.U. zusätzlich zu den Beiträgen erhebliche Befolgungskosten auf sich nehmen. Die dem Staat entstehenden Kosten bestehen hauptsächlich aus Subventionen und Beitragsergänzungen.

Rentenanwartschaftsbescheide und nationale Informationskampagnen zum Rentensparen sind Instrumente von entscheidender Bedeutung für die erfolgreiche Bewältigung der Herausforderungen, denen sich die Rentensysteme gegenübersehen

Die individuellen Rentenanwartschaftsbescheide sollten klare Informationen in vereinfachter Form liefern. Im Idealfall sollten sie alle für die jeweilige Person relevanten Informationen aus den verschiedenen nationalen Rentenquellen enthalten. Die Herausgeber der Rentenanwartschaftsbescheide sollten klare und messbare Ziele aufstellen. Der Rentenanwartschaftsbescheid sollte die Versicherungsmitglieder dazu ermutigen und bewegen, aktive Maßnahmen zur besseren Sicherung ausreichender Renteneinkommen zu ergreifen, beispielsweise durch eine Erhöhung der Beitragsdauer und/oder einen späteren Renteneintritt. Es ist Aufgabe der politisch Verantwortlichen zu beurteilen, ob der Rentenanwartschaftsbescheid Rentenprojektionen enthalten sollte, da zwischen der einfachen Lesbarkeit des Bescheids und dem potenziellen Nutzeffekt derartiger Informationen im Hinblick auf die Ermutigung zu entsprechenden aktiven Entscheidungen abzuwägen ist.

Im Idealfall sollten die nationalen Informationskampagnen zum Rentensparen Bestandteil einer globalen nationalen Strategie sein, wobei bedeutende Ereignisse, wie Rentenreformen und Krisen, spezifische Informationskampagnen erforderlich machen. Der Erfolg von Informationskampagnen zum Rentensparen ergibt sich aus der Aufstellung klarer, realistischer und gut konzipierter Ziele, die zu Ergebnissen führen, die sich anhand der Zielsetzungen messen, evaluieren und beobachten lassen. Aus diesem Grund sind solide Evaluierungsprozesse von entscheidender Bedeutung. Die Evaluierung sollte ein wesentliches Element des Budgets der Informationskampagne darstellen, selbst wenn die Ressourcen begrenzt sind. Informationskampagnen zum Rentensparen sollten ein Informationsüberangebot vermeiden und den Schwerpunkt auf weniger erreichbare Gruppen legen. Schließlich sollten die politischen Entscheidungsträger Mittel und Wege finden, um die Macht der Medien wirksam zu nutzen, innovative

Kommunikationskanäle verwenden und öffentlichkeitswirksame Programme zur Verstärkung des Engagements entwickeln.

© OECD

Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.

Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter Bookshop www.oecd.org/bookshop

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die OECD Rights and Translation Unit, Public Affairs and Communications Directorate unter: rights@oecd.org oder per Fax: +33 (0)1 45 24 99 30.

OECD Rights and Translation unit (PAC)

2 rue André-Pascal, 75116

Paris, France

Besuchen Sie unsere Website www.oecd.org/rights



Die komplette englische Fassung erhalten Sie bei OECD iLibrary!

© OECD (2014), *OECD Pensions Outlook 2014*, OECD Publishing.

doi: 10.1787/9789264222687-en